Berliner Volks-Zeitung

Morgen-Ausgabe
Nr. 549 — 69. Jahrgang

S.-A. 7 U. 47 M. morgens
S.-U. 3 U. 49 M. abends

M.-A. 7 U. 14 M. abends
M.-U. 4 U. 14 M. morgens

Erstes Beiblatt
Dienstag, 29. November 1921

Die Deckungsvorlage im Stadtparlament.

Die Festsetzung der Magistratsgehälter an den Ausschuß zurückverwiesen. — Die neuen Werktarife genehmigt.

Nach einer längeren Geschäftsordnungsdebatte spricht der Vorsteher dem Alterspräsidenten Stadtv. Pfannkuch die Glückwünsche der Versammlung zu seinem 80. Geburtstag aus.

Stadtv. Professor Kirchner (Deutschnat.) berichtet über die Vorlagen betr. die **Erhöhung der Gehälter für die Beamten und Festangestellten,** ferner über **Aufbesserung der Löhne und Vergütungen der städtischen Arbeiter und nichtständigen Angestellten,** sowie über die **Deckung der Mehrausgaben an Löhnen, Gehältern usw.**

Der Ausschuß hat die vorgeschlagenen Gehälter des Oberbürgermeisters, des Bürgermeisters, der Bezirksbürgermeister etc. anderweitig festgestellt. Bezüglich der Lohnerhöhungen hat der Ausschuß einen sozialdemokratischen Antrag, allen Arbeitern und nichtständig Angestellten eine einmalige Teuerungszulage von 1000 Mark zu gewähren unter Anrechnung der bereits gezahlten Lohnerhöhungen für Oktober-November abgelehnt, dagegen beschlossen, zur Linderung der Notlage der städtischen Arbeiter usw. eine einmalige Beihilfe von 300 Mark zu zahlen. Zur Deckungsfrage wurde der Magistrat aufgefordert, unverzüglich alles zu tun, damit die städtischen Werke in Einnahme und Ausgabe balancieren und die Deputate in der Gutsverwaltung zeitgemäß zu bewerten. Der Erhöhung der Straßenbahntarife auf 1,50 Mark hat der Ausschuß zugestimmt, dagegen den Preis für elektrisches Licht über den Magistratsantrag hinaus auf 5 Mark, für Kraft auf 2,30 Mark, für Gas auf 2,50 Mark festgestellt. Es bleibt ein **ungedeckter Betrag von 256 Millionen Mark** übrig, für den das Reich helfend eintreten soll.

Stadtv. Dr. Lohmann (Soz.) begründet mehrere von seiner Fraktion im Ausschuß gestellten Anträge bezüglich der Besoldung der Beamtenschaft in ihren höchsten Spitzen. Durch diese Anträge würden 5,8 Millionen Mark gegenüber der Magistratsvorlage gespart. Seine Partei betrachte die staatliche Beamtenreform als ein Werk der Bürokratie, die jedem sozialen Verständnis widerspricht. Dieses Werk könne nicht unbesehen auf die Stadt Berlin übernommen werden. Man könne von dem sozialen Pflichtgefühl der Beamten erwarten, daß auch sie der Not der Zeit Rechnung tragen und daß die Beamten bis in die höchsten Spitzen einsehen, daß auch sie in ihrer Lebenshaltung sich Beschränkungen aufzuerlegen haben. Eine

durchgehende Teuerungszulage von 50 Prozent

sei als angemessen erachtet worden.

Stadtv. Lange (Zentr.) hält es gleichfalls für einen unhaltbaren Zustand, daß große Schichten der unteren Beamten noch nicht das Existenzminimum haben. Seine Freunde stimmen bezüglich der Deckungsvorlage der Festlegung des Ausschusses zu und schließen sich in Bezug auf die Besoldungsvorlage in der Fassung, wie sie Stadtv. Lohmann befürwortet habe, an.

Stadtv. Prentzel (Dem.) entwickelt die Gesichtspunkte, die seine Fraktion gegenüber der Besoldungsvorlage und der Deckungsvorlage in Aussicht genommen habe und wünscht die Einsetzung eines Ausschusses, der die wirtschaftlichen Grundlagen der städtischen Werke prüfen soll.

Stadtv. Kuchenbecker (U. Soz.): Seine Freunde lehnen die Magistratsvorlage ab; sie ist wegen ihres unsozialen Charakters unannehmbar.

Stadtv. Fabian (Deutschnat.) stimmt den Festsetzungen des Ausschusses im allgemeinen zu, einer Erhöhung des Wasserpreises aber nur dann, wenn den Hausbesitzern die Möglichkeit gegeben wird, diese Preiserhöhung auf die Mieter abzuwälzen. Den Preisen für Licht und Gas stimmen seine Freunde zu, doch müsse dafür gesorgt werden, daß in den Werken jede Arbeitskraft voll ausgenutzt wird.

Einleitend wird die Vorlage noch von den Stadtvv. Albrecht (D. Vp.), Dettmer (U. Soz.) besprochen. Namens der Kommunisten spricht Stadtv. Schumacher. Die vom sozialdemokratischen Magistrat eingebrachte Vorlage überschreite das Maß, was man vernünftigerweise heutzutage der Bevölkerung bieten könne. Dieser Gehaltsvorlage könne man unmöglich zustimmen.

Ein von den Demokraten und dem Zentrum gestellter **Schlußantrag** wird in namentlicher Abstimmung mit 95 gegen 92 Stimmen angenommen.

Stadtv. Dr. Weyl (U. Soz.): Durch die Annahme des Schlußantrages ist meinen Freunden ebenso wie den Kommunisten die Möglichkeit genommen, uns über die Deckungsfrage zu äußern. Wir betrachten dies als eine Vergewaltigung (Lärm) und

verlassen deshalb den Saal.

Stadtv. Heimann (Soz.) hält es nicht für angängig, nachdem zwei Fraktionen den Saal verlassen haben, nun in einer so wichtigen Angelegenheit zur Abstimmung zu schreiten. Er beantragt deshalb, die weitere Beratung auf Dienstag zu vertagen.

Kämmerer Dr. Karding: Für die Stadt steht die Frage auf dem Spiele: entweder wird die Deckungsfrage heute erledigt, oder soll erst in einer Woche oder später die Vorlage verabschiedet werden? Das wäre ein großer Schaden für die Stadt, den sie nicht verträgt. Ich bitte dringend, über die Deckungsvorlage noch heute einen Beschluß zu fassen.

Der Antrag Schumacher (Komm.), allen Arbeitern eine Beihilfe von 1000 Mark unter Anrechnung der bereits gezahlten Summen zu geben, wurde mit 97 gegen 88 Stimmen abgelehnt.

Ein Antrag, allen Arbeitern eine Beihilfe von 300 Mark zu gewähren, wurde angenommen. Die Vorlage über die Gehälter der **höheren Beamtenklassen** wurde an den **Ausschuß zurückverwiesen,** im übrigen soll der Magistrat eine neue Vorlage über die Einreihung der Angestellten in die Besoldungsordnung vorlegen. Es wurde ferner **angenommen der Gaspreis von 2,50 Mark** und der **Straßenbahnfahrpreis von 1,50 Mark.** Es wurde endlich beschlossen, die Einkommensgrenze für den Bezug von Arbeiterkarten wesentlich zu erhöhen.

Die Abstimmung über die **gesamte Deckungsvorlage** ist namentlich. Sie ergibt die **Annahme der Vorlage mit 98 gegen 73 Stimmen.**

Neue Tarifverhandlungen im Versicherungsgewerbe. Der Arbeitgeberverband deutscher Versicherungsunternehmungen hat die geltenden Reichstarifverträge zum 31. Dezember gekündigt. Jetzt hat der Verband den beteiligten Angestelltenverbänden zunächst für den Teil I die Abänderungsvorschläge überreicht, deren Durchführung er als unerläßlich ansieht, um für seine Mitgliedsgesellschaften die außerordentliche Steigerung der finanziellen Lasten seit Abschluß der letzten Reichstarifverträge wenigstens in geringem Maße auszugleichen.

Neue Enthüllungen über die Hundertschaft z. b. V.

Beamte unter falschem Namen als Spitzel. — Aufforderung zum Meineide.

In der Nachmittagsverhandlung des Mordprozesses Erzberger-Meyer stellte R.-A. Dr. Alsberg den Antrag, den Leiter der Polizeischule zu Hildesheim, Polizeioberst Weber über den Geist, der in der Hundertschaft z. b. V. geherrscht habe, als Zeuge zu vernehmen. Auf Antrag des Staatsanw.-Rats Dr. Steinbrecher soll sogar der Polizeioberst Kaupisch als Zeuge geladen werden.

Als Zeuge wurde sodann der Polizeiwachtmeister Jaspert vernommen, der seinerzeit der sogenannten technischen Inspektion der Hundertschaft z. b. V. unter Führung des Angeklagten Meyer angehört hatte. Der Zeuge bekundet, daß die Anzeige des Waffenversteckens von dem damaligen Wachtmeister Träger wahrscheinlich freundschaftlich mitgeteilt habe, **daß die Waffen auf dem Boden unter einem Holzstoß versteckt gehalten wurden.** Der Zeuge schildert, wie die ganze Nacht die Waffen aus den bisherigen Verstecken weggeschleppt worden waren, so daß der Oberst Kaupisch, der am nächsten Tage mit einem Trotz Kriminalbeamten eine Haussuchung vornahm, keine Waffen mehr fand. Bald darauf fand die **Sitzung des „Ehrengerichts"** statt, bei dem, wie ihm von Zeugen mitgeteilt sei, der Angeklagte Meyer gräußert habe: **Entweder muß Träger verschwinden oder Jaspert muß einen Meineid leisten!"** Er Zeuge, habe dann auch in seiner Vernehmung unrichtige Angaben aus Furcht vor Mißhandlungen gemacht. Ihm sei **offen gedroht** worden, daß er **mit dem Gummiknüppel** Bekanntschaft machen könne. Die Hundertschaft z. b. V. habe, wie Zeuge weiter erklärt, auch **Beamte in Zivil in die Gewerkschaften geschickt,** Beamte hätten sich zum Teil **unter falschen Namen organisiert,** um die allgemeine Stimmung auszukundschaften und die Polizei auf dem Laufenden zu erhalten.

Ein Geschworener wünscht nähere Angaben bzw. bestimmte Namen derjenigen Personen von dem Zeugen zu erfahren, welche als **Spitzel** in den Gewerkschaften geschickt worden seien. Der Zeuge erklärt, daß er bestimmte Namen nicht angeben könne, er habe aber die betreffenden Beamten kennen gelernt, wenn sie am Gehaltstage kamen und ihr Gehalt in Empfang nahmen. Die Betreffenden gingen stets in Zivil und wohnten und aßen nicht in der Kaserne. Am Tage nach der Waffendurchsuchung sei, so bekundet der Zeuge weiter, der Angeklagte Meyer sehr nett und freundlich zu ihm gewesen und habe ihm schließlich in den Mund gelegt, daß er in dem Verfahren

wider besseres Wissen aussagen

und die Hundertschaft nicht belasten solle. Zugleich fragte ihn Meyer, ob er als Rheinländer nicht lieber ins Rheinland versetzt werden wolle, wo es auch eine Sipo gebe.

Zeuge Träger hat seinerzeit die Anzeige wegen des Versteckens der Waffen gemacht. Er mit vielen anderen sei in dem Verdacht geraten, „Verräter" zu sein. Dies sei in dem Verhalten eines Teiles der übrigen Beamten deutlich zum Ausdruck gekommen. So habe der Polizeihauptwachtmeister Müller in etwas angetrunkenem Zustande erklärt, wem es bei der Hundertschaft z. b. V. nicht gefalle, der solle schleunigst machen, daß er wegkomme. Müller habe dabei in drohender Weise **mit seinem Revolver herumgeschlenkt** und sogar **auf ihn gezielt,** so daß er, Zeuge, sich ernstlich bedroht fühlte. Diese Empfindung hätten auch andere Beamte gehabt. Einer sei nachts unter dem Vorwande, kein Streichholz zu haben, an sein Bett gekommen und habe ihm **heimlich einen Zettel mit dem Wort „Vorsicht"** in die Hand gedrückt. Es wurde offen davon gesprochen,

daß die „Verräter" um die Ecke gebracht werden sollten.

Er habe die Sache so aufgefaßt, daß man ihn **töten** wolle. — Vors.: Ist Ihnen dies direkt gesagt worden, oder war das mehr Ihre Auffassung? — Zeuge Träger: Es war meine Auffassung, direkt gesagt hat es niemand.

Ein Geschworener: Aus welchen Motiven hat der Zeuge die Anzeige wegen des Versteckens von Waffen gemacht? — Zeuge: Ich habe es für meine Pflicht gehalten, von dem, was ich gehört hatte, Anzeige zu machen. — Vors.: Es ist aber hier zur Sprache gekommen, daß die Waffen nur vor der Entente versteckt werden sollten. — Zeuge: Ich hatte gehört, **daß wieder ein Putsch beabsichtigt werde,** und da mir gesagt wurde, daß Waffen auch aus der Kaserne gebracht worden seien, habe ich die Anzeige erstattet. — Zeuge Wachtmeister Simon hat den Buchholz im Lazarett näher kennen gelernt. Bezüglich des in der Kasse festgestellten Fehlbetrages hat Buchholz gesagt: Man wolle ihm die ganzen Unterschlagungen in die Schuhe schieben; er habe aber ein reines Gewissen und nichts zu befürchten; dabei habe er auf „gewisse Leute", nämlich die Oberwachtmeister Petkewitz und Lehmann, als diejenigen hingewiesen, die bei den Unterschlagungen in Frage kämen. Der Zeuge hat davon gehört, daß gesagt wurde, die Leute **sollten einen Meineid leisten** oder Träger müsse verschwinden. Der Zeuge hat das „Verschwinden" zunächst dahin ausgelegt, daß an eine Versetzung aus der Hundertschaft gedacht wurde, nicht aber an Mord.

Wachtmeister Bengmann weiß, daß, als die Waffendurchsuchung in Aussicht stand, Waffen in der Kammer versteckt worden seien. Den Kriminalbeamten sei auch zunächst der Eintritt zum Zimmer verwehrt, nachher aber freigegeben worden. Er ist nachts ½1 Uhr aus dem Bett geholt worden, um Rechenschaft zu geben vor dem „Ehrengericht" wegen des auf ihn gefallenen Verdachts, die Hundertschaft hinterrücks blamiert zu haben. Der Verdacht gegen ihn hat sich nicht bewahrheitet. — Ein Zeuge Wiese hält den Angeklagten Meyer für brutal, weil er einmal den Auftrag gegeben hatte, den Zeugen Steinberg zu verprügeln. Er habe dabei gesagt, daß er Leute, die dabei weich würden, nicht gebrauchen könne.

Zeuge Breitsprecher: Bei seinem Eintritt in die Hundertschaft sei ihm von Stubenkameraden sofort die Warnung zugekommen, sehr vorsichtig zu sein, da man dort **beispielt** werde. Tatsächlich habe man auch versucht, die Leute auszuhorchen, welcher politischen Partei sie angehörten. Der Zeuge hat auch die Redensart gehört, **daß man in der Hundertschaft leicht jemanden finde, der für 50 Pfennig jemanden totschlage.**

Zeuge Klett hat auch in Verdacht gestanden, Berichte an die „Rote Fahne" geliefert zu haben. In seinem Tschako hat er eines Tages einen Zettel vorgefunden mit der Inschrift: **„Tod dem Verräter!"** Auch dieser Zeuge ist plötzlich nachts nach dem sogenannten Ehrengericht vorgeladen worden. Es seien etwa 30 Personen anwesend gewesen. Er habe sich an die Wand stellen müssen mit den Händen auf dem Rücken, das Licht schien in voller Helle auf ihn, während die Mitglieder des Ehrengerichts im Dunklen saßen.

Es wird dann Zeuge Asmus, Oberwachtmeister in Hamburg, Schriftführer des Reichsverbandes der Polizeiwachtmeister, vernommen. Als der Todesfall bekannt wurde, seien ihm verschiedene Vorgänge aus der Hundertschaft z. b. V., die Zahlung von Agentengeldern, falsche Buchungen usw. und allerlei dunkle Umtriebe bekannt geworden. Er erzählt u. a., daß **Mannen der z. b. V. in deutschnationalen Versammlungen, ausgerüstet mit Gummiknüppeln und Pistolen, anwesend gewesen seien,** angeblich zur Bewachung, und daß Mannschaften der z. b. V. mit der Polizei zusammen an der Grenze im Osten tätig gewesen seien. Sie hätten von ihrem Vorgesetzten die Weisung erhalten, alle Personen passieren zu lassen, die ihnen das Wort „Brandenburg" zurufen würden. Der Zeuge gibt noch eine Reihe von Gründen an, die ihn zu der Ueberzeugung gebracht haben, daß hier ein **politischer Mord** vorliege.

Unter den weiter vernommenen Zeugen befindet sich auch einer, der aus der Strafhaft vorgeführt wird. Er ist seinerzeit wegen Urkundenfälschung zu zwei Jahren, vier Monaten Gefängnis und Ehrverlust verurteilt worden. Er bestätigt, daß er durch Meyer und andere **arg geschlagen** worden sei, weil er der Hundertschaft Schande gemacht habe. Er sei so geschlagen worden, daß er dreimal ohnmächtig geworden sei und vor Schwerzen gebrüllt habe. Man habe ihm zugerufen: „Hund, wenn du etwas sagst, schlagen wir dich tot!"

Die Verhandlung wird Dienstag nach Beendigung des Lokaltermins fortgesetzt werden.

Eine neue Erhöhung der Kraftdroschkentarife.

Die Tariferhöhung bei der Hochbahn.

Nachdem die Kraftdroschkenbesitzer Groß-Berlins erst vor kurzer Zeit eine Erhöhung ihrer Tarife vorgenommen haben, stellen sie jetzt einen Antrag, bei den zuständigen Behörden, Magistrat und Polizeipräsidium, auf eine weitere Erhöhung ihrer Preise. Danach soll als Preis für die Benzinkraftdroschken das Zweiundzwanzigfache der dritten Taxe als neuer Preis gelten, während für die elektrisch betriebenen Droschken der siebzehnfache Preis der dritten Taxe verlangt wird. Wie wir erfahren, stehen der Magistrat und das Polizeipräsidium auf dem Standpunkt, daß in Anbetracht der allgemeinen Verteuerung auch eine Erhöhung der Droschkentarife nicht zu umgehen sein wird. Jedoch hat das System der Vervielfachung des vom Fahrpreisanzeiger angezeigten Betrages zu zahlreichen Differenzen zwischen Fahrgast und Chauffeur geführt, und es wird selbst in Kreisen der Kraftdroschkenbesitzer zugeben, daß diese Art der Fahrpreisberechnung bei möglicherweise 90 Prozent aller zurückgelegten Fahrten Irrtümer bei der Errechnung des Fahrpreises ergibt. Da die Aufsichtsbehörden außerdem die Einführung der neuen Kraftdroschkensteuer gleichzeitig zur nächsten Tariferhöhung angeordnet haben, so würde dies, wenn der Forderung der Kraftdroschkenbesitzer Rechnung getragen wird, der endgültigen Festsetzung eines Droschkenpreises auf das Fünfundzwanzig- bzw. Siebzehnfache der dritten Friedenstaxe gleichkommen. Es ist daher in Aussicht genommen, daß in den nächsten Tagen zwischen dem Verkehrsamt der Stadt Berlin und der Hauptverkehrsstelle des Berliner Polizeipräsidenten eingehende Beratungen darüber stattfinden sollen, ein zeitgemäße Neuregelung vorzunehmen.

*

Wie wir schon vor einigen Tagen ankündigten, sieht sich auch die Hoch- und Untergrundbahn infolge der Steigerung der Löhne und der Materialpreise genötigt, ihre Tarife entsprechend zu erhöhen. Die Hochbahngesellschaft wird ihre Tariferhöhung am Donnerstag, 1. Dezember, einführen, und von diesem Tage ab folgende Fahrpreise erheben: in der dritten Klasse: bis zum fünften Bahnhof 1,30 Mark, darüber hinaus 1,50 Mark; in der zweiten Klasse: 1,50 Mark und 1,80 Mark.

Um 10 Pfennig! Man schreibt uns: Der Hauswirt Basch, Lippehner Straße 19, hat es fertiggebracht, die Räumungsklage gegen einen Mieter, Landsberger Allee 130, anzustrengen, und zwar wegen einer Forderung von zehn Pfennigen! Das Mieteinigungsamt wies die Klage ab und erließ folgendes Urteil: „Der Mieter hat nach eigenen Angaben des Vermalters seine Miete voll bezahlt, bis auf einen Rest von M. 0,10. Die Kündigung zum 1. November wird nicht zugelassen." — Es ist bedauerlich, daß den Mieteinigungsämtern keine gesetzlichen Bestimmungen zur Seite stehen, die es ermöglichen, für derartige Belästigungen

---

Der neue V.-Ztgs.-Roman: „Das Rätsel von Zimmer 23."

In die Welt des Geheimnisvollen führt unser demnächst beginnender neuer Originalroman, den Hans Felix unter dem vielverheißenden Titel „Das Rätsel von Zimmer 23" veröffentlicht. Die seltsamen Erlebnisse, die sich zum Teil in einem großen Hotel Süditaliens abspielen, werden unsere Leser manchen spannenden Auftritt erleben lassen, und zweifellos werden nur wenige vorzeitig hinter das Geheimnis kommen, das sich mit der Person der exzentrischen Amerikanerin Baronin Alys Rexilroth verbindet. Zunächst ist aber der Schauplatz unserer Erzählung Deutschland, und hier laufen auch schließlich alle die Fäden zusammen, die der Verfasser in verblüffender Folgerichtigkeit vor uns entwirrt.